

Datum 15.05.2023

PRESSEMITTEILUNG

**der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen in der Verbandsgemeinde
Schweich, dem Kreis Trier-Saarburg sowie der Stadt Trier zum geplanten
Gewerbegebiet auf der Mehringer Höhe**

Ökologisch problematisch und ökonomisch fragwürdig

Grüne in Stadt, Kreis und Verbandsgemeinde sprechen sich gegen das geplante Gewerbegebiet auf der Mehringer Höhe aus.

Die Verbandsgemeinde Schweich will ein Gewerbegebiet auf der Mehringer Höhe an der A1 bauen. Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen in der Verbandsgemeinde Schweich, dem Kreis Trier-Saarburg sowie der Stadt Trier setzen sich mit aller Klarheit für den Erhalt der Mehringer Höhe als Naturraum und gegen die geplante Errichtung eines Industriegebiets auf diesem Areal ein.

„Ökologisch betrachtet sprechen wir hier von einer Fläche von rund 86 ha, darunter 30 ha Wald, die versiegelt beziehungsweise gerodet werden sollen“, erklärt Ines Kartheuser, Mitglied des Verbandsgemeinderats Schweich. Neben den ca. 16 ha, die aktuell zur Erzeugung regenerativer Energie mittels Photovoltaik genutzt werden und die im weiteren Verlauf den industriellen Ansiedlungen weichen müssten, betreffen die Planungen weitere 70 ha Fläche von besonderem ökologischem Wert. „70 ha, die von mindestens 45 seltenen und streng geschützten Arten genutzt werden, darunter nachgewiesenermaßen Wildkatzen, die ihre Jungen in den Bunkerruinen aufziehen, sowie zahlreichen Fledermausarten. 70 ha vielfältige Lebensräume, geprägt von halboffener Landschaft mit Wiesen, Hecken und Bauminselfen sowie offiziell ausgewiesenem Klimaschutzwald. 70 ha, die in unmittelbarer Nähe zu zwei ausgewiesenen Flora-Fauna-Habitat-Gebieten liegen und als Korridor und Querung von den ver-

schiedenen Arten genutzt werden. 70 ha, die nicht mehr zur Versickerung von Regenwasser genutzt werden können.“ Diese stellen, so Kartheuser, insbesondere bei den zu erwartenden zunehmenden Starkregen-ereignissen eine zusätzliche Gefahrenquelle für die tiefer gelegenen Ortschaften dar.

Auch ökonomisch betrachtet würde die Umsetzung eines Industriegebiets „auf der grünen Wiese“ die Planer vor große finanzielle und organisatorische Herausforderungen stellen, erklärt Patrick Beer, Fraktionsvorsitzender der Grünen in der VG Schweich. Bereits vor mehr als zwei Jahren sei bei der Darstellung der aktuellen Planungen im Rahmen einer Sitzung des Verbandsgemeinderats mitgeteilt worden, dass die Erschließung eines Gebietes dieser Größenordnung fernab von vorhandener Infrastruktur sehr hohe Investitionen bedinge, beispielsweise für die Errichtung von Strom-, Wasser- und Abwasserleitungen. „Wenn bereits vor einigen Jahren die Erschließung vor dem Hintergrund der notwendigen Investitionen kritisch gesehen wurde, stellt sich die Frage, wie die aktuellen Kostenexplosionen sich auch auf diese Planungen auswirken werden“, sagt Beer. Zusätzlich seien auch die zu erwartenden Kosten, die mit den archäologischen Untersuchungen und Ausgrabungen verbunden sind, ein wichtiger Faktor in der Bewertung des Vorhabens.

Nicht nur die VG Schweich, auch die Stadt Trier erhofft mit dem Gewerbegebiet Mehlinger Höhe, ihren eigenen gestiegenen Bedarf für Gewerbeflächen in Zukunft decken zu können. Der Bauausschuss der Stadt Trier hat – ohne die Stimmen der Grünen – im April 2022 einer möglichen Beteiligung an dem Industrie- und Gewerbepark zugestimmt. Eine Wiederaufnahme bzw. Fortführung der bisherigen Planungen erscheinen ihnen weder aus ökologischen noch aus ökonomischen Gründen sinnvoll.

„Trier braucht Gewerbefläche“, bestätigt Richard Leuckefeld, wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen Fraktion im Trierer Stadtrat, „Das ist unbestritten.“ In einer Bedarfsanalyse, erstellt durch die Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung (GMA), vorgestellt im Stadtrat (Vorlage 426/2022) wird von einem Gesamtbedarf bis 2040 von 86,3 ha ausgegangen. Kurz- und Mittelfristig stehen auf dem Stadtgebiet 44,3 ha zu Verfügung. Unabhängig, ob der Gesamtbedarf bis 2040 benötigt wird, herrsche Handlungsbedarf.

„Dieser Bedarf könnte in Zusammenarbeit mit den umliegenden Verbandsgemeinden gelöst werden“, sagt Leuckefeld. „Es gibt aber auch auf städtischem Gebiet Möglichkeiten, die einer genaueren Betrachtung bedürfen.“

Nun bietet die Verbandsgemeinde Schweich die Erschließung eines Gewerbegebietes auf der Mehringer Höhe an. „Dies wäre für die Stadt Trier allzu verlockend, sich im Rahmen eines Zweckverbandes an der Erschließung dieses Gebietes zu beteiligen“, sagt Leuckefeld. „Damit wäre auf einen Schlag ein Groß-teil des Flächendefizites gelöst.“

Nach Meinung der Grünen würde Trier sich dann aber an einem der größten Naturzerstörungsprojekte in der Region beteiligen. Auch hätte die Stadt voraussichtlich im Rahmen einer Minderheitsbeteiligung am Zweckverband kaum Einflussmöglichkeiten auf Nutzung und Ansiedlung auf diesem sensiblen Gebiet

Auch die Grünen im Kreistag Trier-Saarburg sehen Alternativen zur Mehringer Höhe. „Neben den bereits baureifen 10 ha Gewerbegebiet in Reinsfeld sind dort weitere 15 ha Optionalfläche vorhanden“, berichtet Fraktionsvorsitzender Boris Bulitta. Gleiches gelte für eine Erweiterung des bestehenden Industrie-gebietes in Osburg um weitere 20 ha und des Gewerbegebietes in Saarburg um zusätzliche 25 ha. Zudem seien in Newel circa 20 ha in Planung. „In Summe also 90 ha, mehr als die Erschließung der Mehringer Höhe.“

Da es sich bei vorgenannten Flächen fast ausschließlich um Erweiterungen bestehender Gewerbe- und Industriegebiete handele, werden die Erschließungskosten durch Nutzung vorhandener Infrastruktur (Strom, Wasser, Gas und schnelles Internet), wesentlich günstiger sein, sagt Bulitta. „Diese Dezentralisierung bietet dem örtlichen mittelständigen Unternehmen bezahlbare Erweiterungsmöglichkeiten, wovon fast alle Verbandsgemeinden, einschließlich der Stadt Trier, profitieren können.“

Allerdings sollte grundsätzlich jeder Ausweisung neuer Gewerbeflächen eine eingehende Prüfung ihrer Klimaverträglichkeit vorangehen, sagt Bulitta. „Unser Bestreben muss es sein, die Klimabilanz des Kreises zu verbessern und langfristig Klimaneutralität zu erreichen. Es müssen belastbare Aussagen zu Potentialen im Bestand durch Nachverdichtung, zu Leerständen oder möglichen Fehlnutzungen getroffen werden, bevor über die Ausweisung neuer Flächen und damit neuem Flächenverbrauch nachgedacht wird